

# Paibacher Zeitung.

Nr. 285.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 14. Dezember

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere pr. Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 3 kr.

1874.

## Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 4. Dezember d. J. den mit dem Titel und Range eines Sectionsrathes bekleideten Ministerialsecretär des Finanzministeriums, Karl Laubour v. Thurmburg, zum Oberfinanzrath bei der Votodirection mit Verbeibehaltung des Sectionsrathstitels allergnädigst zu ernennen geruht. Pretios m. p.

Die k. k. Finanzdirection für Krain hat die Steueramtspracticanten Joseph Perhauz und Lorenz Verbitz zu definitiven Steueramtsadjuncten in der ersten Rangklasse ernannt.

## Nichtamtlicher Theil.

### Die Lage in Ungarn

erschäft in der „Allg. Ztg.“ nachstehende Besprechung: „Wer sich des erschütternden Abschiedsbriefes erinnert, mit dem Ohyczy vor anderthalb Jahren, in einem Momente der Nüchternheit, an der Zukunft des Vaterlandes verzweifelnd in sein Taculum sich zurückzog, der mußte von dem fröhlichen Gefühl neu belebter Hoffnung erfüllt werden, als er sah, wie der Charakter und biedere ungarische Patriot in der Stunde der Gefahr sich dennoch wieder bewegen ließ, seinem Volke die letzte Kraft zu weihen.

Seitdem Ohyczy die Leitung des ungarischen Finanzministeriums übernommen, hat derselbe das Beispiel eines eisernen Fleißes, einer seltenen Einsicht und eines für die Lage recht brauchbaren Organisationstalents gegeben. Und wenn Ohyczy nicht mit neuen, schöpferischen Ideen aufgetreten ist, so darf nicht außer Acht gelassen werden, daß neue Ideen in Finanzsachen gar nicht selten, aber sehr selten gut und brauchbar sind, und daß bei einer so bedenklichen Lage wie diejenige, in welcher der ungarische Staatshaushalt sich befindet, es viel heilsamer, weit sicherer ist, sich der alten in allen Zeiten bewährten Maximen zu bedienen und solche Einrichtungen zu bevorzugen, welche in anderen Ländern bereits mit Erfolg versucht worden sind.

Für Ungarn handelt es sich zunächst um die Grundbedingung jeder menschlichen Gemeinschaft, um die Stärkung des staatsbürgerlichen Pflichtenbewußtseins; die Natur mag das Land mit noch so großer Fruchtbarkeit ausgestattet haben, der Himmel mag es mit seinem Füllhorn überschütten, das reine Sclavenland bleibt auch für die Herren Magyaren ein Gebilde der Phantasie.

Sie mußten und müssen vor allen Dingen darüber belehrt und dazu gezwungen werden, daß sie ihre Steuern pünktlich zahlen und nicht durch jahrelang fortgesetzte, gewissenlose Renitenz, in der leider sogar die wohlhabenden Kreise den Ton anzugeben sich vermaßen, die ordnungsmäßige Leitung des Staatswesens unmöglich machen. Dazu mußte eine weise Sparsamkeit in der Verwaltung eingeführt, dem Nepotismus in der Besetzung der Beamtenstellen unter Cumulierung der Angestellten ein Ende gemacht und durch diese und andere Maßregeln das Budget erleichtert werden. Allen diesen Geboten der Nothwendigkeit suchte der neue Finanzminister mit einer Gewissenhaftigkeit nachzukommen, welche die höchste Anerkennung verdient, mit einer Unermüdlichkeit, welche in Betracht seines Alters Staunen erregen, und mit einer Pflichttreue, welche Ehrerbietung einflößen mußte, und der Mehrzahl der Bewohner Ungarns zum Leuchtthurm dienen könnte.

Um den ungarischen Staatshaushalt aus dem Sumpf, in den er versunken, aus der Lage zu reißen, welche am sichersten durch die Thatsache gekennzeichnet wird, daß für die letzte Anleihe über 9 Prozent gezahlt werden mußten, was an türkische Zustände streift, muß aber nicht bloß gespart, muß nicht bloß für das sichere Eingehen der bestehenden Steuern gesorgt, sondern es müssen neue Einkünfte geschaffen werden. Auch in dieser Beziehung hat Ohyczy seine Pflicht gethan. Er hat in unglaublich kurzer Zeit das neue System der directen Steuern entworfen, welches den Lesern bereits bekannt ist, und das zwar keine genialen Neuerungen, aber doch eine recht brauchbare Zusammenstellung von in Deutschland bewährten Gesetzen und einige nicht unwesentliche Verbesserungen der österreichischen Entwürfe enthält, welche natürlich als Vorarbeit willkommen sein mußten. Wir wollen nur an die von Ohyczy vorgeschlagene Bestimmung erinnern, welche das in den österreichischen Entwürfen viel zu hoch bemessene Minimum des steuerfreien Einkommens von 600 Gulden auf 350 Gulden herabsetzt.

Redlicher, gewissenhafter, fleißiger und verhältnismäßig befriedigender hat noch kein ungarischer Finanzminister seine Aufgabe gelöst, in höherem Ansehen ist auch kaum ein ungarischer Patriot, wenigstens die Redlichkeit der Absichten betrifft, selbst Deal nicht ausgenommen, gestanden, wie Ohyczy, als er das Finanzministerium übernahm. Und welchem Schauspieler begegnen wir jetzt, nachdem der Reichstag die Steuergesetze in Verathung genommen hat? Statt dieselben als das geringste Maß dessen anzunehmen, was geschehen muß, um Ungarns Selbständigkeit zu retten, was die eiserne Nothwendigkeit dem Volke zu seiner Selbsterhaltung gebietet, und höchstens noch solche Anträge zuzu-

lassen, welche die Zügel noch strammer anziehen wollen, begegnen wir einer von hohlen Phrasen strotzenden Opposition, welche ihre Einwürfe nicht aus der patriotischen Pflicht und der heiligen Ueberzeugung von der Nothwendigkeit ihrer Maßregeln für das Heil des Vaterlandes schöpft, sondern aus kleinlichen Parteilichkeiten und aus Rücksicht auf die Befriedigung persönlicher Eitelkeit. Wir begegnen einer Opposition, die, mit allen schlechten Eigenschaften und Vorurtheilen der Menge bubhend, Ohyczy's Entwürfe zu entkräften und aller der ernstlichen Vorkehrungen zu entkleiden sucht, welche denselben allein den Erfolg sichern könnten. Doch sind, wie wir behaupten es, Ohyczy's Vorschläge das geringste Maß dessen, was bewilligt werden kann, um das Gleichgewicht des ungarischen Staatshaushaltes wieder herzustellen. Hat derselbe ja doch nicht einmal an das magyarsche Steckenpferd der Honore zu rühren gewagt!

In der cisleithanischen Reichshälfte fängt man an, die Lage der Dinge mit großem Ernst zu betrachten. Schon beim Ausgleich benachtheiligt, welcher ihr 70 Prozent der gemeinsamen Ausgaben zuwies, fürchtet man, daß die Ungarn ihrem in Geldsachen sprichwörtlichen Reichthum gemäß ihre Finanzverlegenheiten in erster Linie auf Oesterreich abwälzen und sogar mit der Zahlung der 30 Prozent im Rückstand bleiben würden. Man sieht die Sache für so ernst an, daß schon wieder jener vor Ohyczy's Eintritt ins Amt nicht selten laut gewordene Gedanke gehört wird, daß die Ungarn es noch zur Siqustration ihrer Finanzangelegenheiten bringen würden. Die „Neue Freie Presse“ sagte jüngst sogar mit dürren Worten: „Niemand kann zwar heute schon die Form der Curatel bezeichnen, unter welcher Ungarn gesetzt werden würde, aber daß sich die geeignete Form, und sei es selbst eine Dictatur, finden wird, darüber kann niemand zweifeln, der die Geschichte der Staatskrisen auch nur oberflächlich kennt.“

Mit nicht minderer Kraft tritt dieses Organ der kindischen Hoffnung entgegen, welche man in Ungarn an Regierungs- und Ministerwechsel knüpft. Und mit Recht, denn jeder Nachfolger Ohyczy's müßte da anfangen, wo er aufgehört, ohne vielleicht die gleiche Autorität, die gleiche Pflichttreue, die gleiche patriotische Energie und die gleiche verständige, maßvolle Einsicht zu besitzen. Würde namentlich die ungarische Linke nicht vergessen, daß es in Ungarn selbst eine, für jetzt zwar untergeordnete Rechte gibt, welche mit dem Ausgleich noch gar nicht ausgeübt ist und deren Anhänger noch jetzt in vertraulichen Augenblicken sich Hoffnungen hingeben, welche die österreichische Verfassungstreue von sich weist, welche aber die ungarische Linke mit Entsetzen erfüllen müßte, sobald sie einmal zu der Einsicht gelangen würde, daß sie durch ihre hohle und gewissenlose Opposition

## Feuilleton.

### Irrsinnig.\*

Roman von W. Heinrichs.  
(Fortsetzung.)

#### Achtes Kapitel.

Lord Geraldins Hypochondrie war jetzt, Dank jenem vortrefflichen Einflusse des Dr. Britchard, ihm eine so gute Tischgenossin zu geben, ganz und gar geheilt, und es war beschlossen, daß er schon in wenigen Tagen die Anstalt verlassen und zu seiner Familie zurückkehren sollte. Dr. Britchard war sehr damit zufrieden, denn diese schnelle und gründliche Heilung eines so vornehmen Patienten mußte seinen Ruf unendlich erhöhen. In der Freude seines Herzens, sehr geneigt gestimmt, fragte er Karoline, was für ein Geschenk er ihr geben solle.

Diese schlug jede Belohnung aus; jedoch, um nicht zu viel Verstand zu verrathen, ließ sie es geschehen, daß er einen werthlosen Ring von seiner Uhrkette löste und ihn ihr an den Finger steckte.

Es war ein heiterer Morgen, im schönen Monat Juni. Die allerblickende Sonne verklärte selbst den düsteren, verwilderten Garten der Irrenanstalt und die süßen Töne von Jasmin und Gaisblatt, welches an der niedrigen Mauer an der Seeuferseite wucherte, mischten sich mit der sanften Brise, die von der See herauf wehte und die schwüle Luft erfrischte.

Karoline, die jetzt auch beim Frühstück und beim Tee dem hohen Patienten mit Dr. Britchards Bewilli-

gung Gesellschaft leistete, frühstückte mit Lord Geraldin in der hohen Lindenlaube. Aus dem östlichen Zusammensein der beiden Patienten hatte sich eine sehr warme Freundschaft entwickelt. Lord Geraldin kannte jetzt den ganzen Hergang von Karolines trauriger Geschichte. Er bewunderte ihren Muth und die himmlische Sanftmuth, womit sie diese herben Schicksalsschläge ertragen hatte. Ihre Milde, ihr frommes Gottvertrauen hatte einen so heilsamen Einfluß auf ihn ausgeübt, daß er das Leben, das ihm durch den Verrath einer Ungetreuen zur unerträglichen Last geworden war, wieder mit aller Macht umfassen und lieben gelernt hatte. Er fühlte sich wieder glücklich und mit der ganzen Menschheit ausgeöhnt. Aber er fühlte auch, daß die Schöpferin dieses, seines neuen Lebens ein untrennbares Band um ihn gewoben, daß sie selbst die erste und einzige Bedingung zu seinem Glücke sei. Er hatte ihr seine Gefühle mehr als einmal gestanden, aber Karoline suchte ihn immer mit der Antwort abzuweisen, daß sie ja schon geletet sei.

Beide saßen jetzt lautlos und warfen einen langen Blick über die glänzende See, deren Wogen ein tausendfältiges Prisma in den Strahlen der Mittagssonne wieder spiegelten.

Lord Geraldin nahm jetzt den Faden ihrer Unterhaltung wieder auf.

„Sie wollen also nicht, theuerste Karoline,“ sagte er, „daß ich mit Dr. Britchard rund heraus spreche und Ihre Entlassung fordere.“

„Ich fürchte,“ antwortete sie nachdenklich, „ich fürchte, mein gütiger Freund, er wird nicht sogleich darauf eingehen. Er wird Ihnen vorspiegeln, daß er erst die Person, die mich ihm überliefert hat, davon in Kenntniß setzen muß. Er wird Ihnen zwar versprechen,

alles zu thun, was Sie wünschen; aber sobald sie die Anstalt verlassen, wird er mich fester ketten als bisher.“

„Ich werde ihm aber drohen, seine Schurkerei aufzudecken,“ sagte Lord Geraldin.

„Er wird Ihnen antworten, daß Sie ihm nichts beweisen können. Er wird behaupten, ich sei blödsinnig und er müsse mich erst heilen,“ wandte Karoline ein.

„Und ich,“ erwiderte ihr Freund, „ich werde ihm beweisen, daß Ihr Verstand nie seiner Kur bedurfte, daß Sie die Sinnigste, Zartfühlendste — Gott, wo soll ich Worte finden, die das ausdrücken, was Sie sind!“

Karoline verstummte. Das Uebermaß ihrer Empfindung war nur in ihrem Blicke zu lesen. Sie preßte seine Hand an ihr dankbares Herz und eine Thräne perlte darauf nieder.

„Sei die Meine! Karoline,“ rief er entzückt, „und gib mir dadurch das Recht, dich zu beschützen.“

„Sie wissen, theurer Freund,“ sagte sie sanft, „was unserm Bunde entgegensteht. Nur, wenn diese unglückselige Ehe gelöst ist, kann ich die Ihre sei; aber ich weiß nicht, ob das je möglich zu machen ist.“

„Ich stehe dafür ein,“ rief Lord Geraldin, seine Hand betheuernd auf's Herz legend. „Ich stehe dafür ein mit Gut und Blut! So wie ich wieder in der Welt erscheine, werde ich die nöthigen Schritte thun. Dies unnatürliche Band soll getrennt werden und ich will nicht eher ruhen bis das Ungeheuer in Mannesgestalt seinen verdienten Lohn empfängt und wenn es noch Gerechtigkeit in England gibt, so soll er hängen.“

„Die Rache ist mein! ich will vergelten, spricht der Herr,“ sagte Karoline sanft.

„Ich werde dich morgen verlassen, Karoline,“ rief Lord Geraldin, sich zu ihr niederbeugend und sie auf



das Staatschiff gerade jenen Untiefen zutreibt, in welchen jene Anhänger der Vergangenheit im Trüben zu fischen hoffen.

Noch ist es Zeit zur Rettung! Sehen aber alle Warnungen spurlos vorüber, so sehen wir kein anderes Mittel des Heils, als daß ein neues Geschlecht herangezogen wird, dem man in den Schulen als Lesebuch die Geschichte des Unterganges Polens und dessen Ursachen als warnendes Beispiel in die Hand drückt."

### Reichsrath.

#### 89. (Abend-) Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 9. December.

Präsident Dr. Reichbauer eröffnet um 7 Uhr die Sitzung.

Auf der Ministerbank befinden sich: Sr. Durchlaucht der Herr Ministerpräsident Fürst Adolf Auersperg, Ihre Excellenzen die Herren Minister: Dr. Freih. Kaiser, Dr. Banhans, Dr. v. Stremayr, Dr. Glaser, Dr. Unger, Dr. R. v. Echlumczyk, Freih. v. Pretis, Oberst Horst und Dr. Ziemialkowski.

Die Debatte über das Cultus-Budget wird fortgesetzt. Abg. Kronawetter beantragt eine Resolution wegen Aufhebung aller theologischen Facultäten; w. u. dem Ausschusse zugewiesen.

Im Laufe der Debatte über die Titel „Hochschulen“ erklärte der Unterrichtsminister unter dem Beifall des Hauses, die Regierung sei zu der Ueberzeugung gelangt, daß wohl die Errichtung mehrerer Universitäten wünschenswert, aber nur die Gründung einer Universität notwendig sei, namentlich in der Bukowina, das hies zu Oesterreich gestanden und gewiß die Mittel zur höchsten Ausbildung der Wissenschaft verdiene; auch politisch sei diese Universität geboten, denn Oesterreich habe eine politische Mission im Osten zu erfüllen, unter dem Schutze und mit Hilfe deutscher Wissenschaft; der Kaiser ertheile bereits die Ermächtigung zu einleitenden Schritten d. h. die Gründung dieser Universität.

Die veränderten Titel des Cultus-Budgets wurden nach den Auswahlanträgen angenommen, auch die bestreutene Post für das lemberger Technicum wurde bewilligt und schließlich der Antrag Schaupps angenommen, die Hochschule für Bodenkultur dem Ackerbauministerium zu überweisen.

#### 90. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 10. December.

Präsident Dr. Reichbauer eröffnet um 11 Uhr 15 Min. die Sitzung.

Auf der Ministerbank befinden sich: Sr. Durchlaucht der Herr Ministerpräsident Fürst Adolf Auersperg, Ihre Excellenzen die Herren Minister: Dr. Banhans, Dr. v. Stremayr, Dr. Glaser, Dr. Unger, Dr. Ritter v. Echlumczyk, Freiherr v. Pretis, Oberst Horst und Dr. Ziemialkowski.

Das Haus legt die Beratung über den Staatsvoranschlag pro 1875, Titel des Unterrichtsbudgets fort.

Zu Kapitel „Mittelschulen“ sind 9 Redner vorgemittelt. Abgeordneter Weber sagt, mit den Slaven werde verfahren, als ob sie gar nicht zu Oesterreich gehören würden. Er spricht für die Erbauung eines eigenen Gebäudes für das tschechische Gymnasium in Wien.

Abg. ordneter Dr. Schaffer erregt das Wort: „Wenn man das Pathos gehöret hat, mit dem der

die Stirne küßend; „aber ich komme wieder mit einer Commission von Ärzten, so schnell ich eine solche zusammenreiben kann. Dr. Britchard soll seiner Schandthat überwiefen werden. Meine Wiederkehr ist das Signal deiner Befreiung und deiner Verbannung aus dieser Anstalt.“

„O, theurer, geliebter Freund!“ rief Caroline, seine große Aufregung beschwichtigend, „seien Sie auf Ihrer Hut, ihn nichts davon ahnen zu lassen — er hat der Mittel so viele.“

„Gott!“ seufzte er, „daß ich Sie in seinen Händen lassen muß!“

„Nur für wenige Tage noch,“ tröstete Caroline. „Mein Freund wird bald wieder kommen, nicht so?“

„Er wird nicht frei aufathmen,“ sagte dieser zärtlich, „bis er dein Antlitz wieder sieht.“

Die Liebenden wurden hier auf eine überraschende Art unterbrochen.

Dr. Britchard kam mit eiligen Schritten auf die Treppe zu und gebot Carolinen, sich zurück in das Haus zu begeben. „Es kommen Fremde,“ sagte er zu Lord Geraldin. „Sie besuchen die Anstalt und den Garten, und ich wünsche nicht, daß sie bei Ihnen gefunden werde.“

Caroline entfernte sich und hatte Mühe, ihre Fassung nicht zu verlieren; denn jede neue Anordnung des verhassten Doctors stößte ihr Furcht und Schrecken ein. Einen stehenden Blick, sich nicht zu verrathen, auf Lord Geraldin werfend, entfernte sie sich, aber nicht den Weg zur Linken einschlagend, den ihr der Doctor bezeichnete und den er selbst gekommen war, lief sie gerade auf das Haus zu, nach welchem eine Lindenallee führte.

(Fortsetzung folgt.)

neue Redner (Weber) in der heutigen Verhandlung seine Anklagen wegen Unterdrückung der Slaven vorgebracht hat, so mußte man erstaunt sein, als er zur Begründung seiner Anklagen kein anderes Moment hervorzuheben wußte, als daß das Siegel über ein Decret des Landes Schulrathes deutsch seien. „Parturient montes, nascitur ridiculus mus.“ Sein stärkstes Argument war, daß die Slaven rückfichtlich der zwei böhmischen Gymnasien verkürzt worden seien. Die Gymnasien sind errichtet worden und die ganzen Klagen gehen nur dahin, daß diese Gymnasien in Privathäusern untergebracht sind.

Man hat auch die Regierung dazu verpflichtet wöhlen, Lehrer, Hilfsbücher und Literatur für jene Sprache und Nationalität herbeizuschaffen. Ist dies nicht der Fall, dann wird über Nichtachtung des § 19 der Staatsgrundgesetze geklagt.

Es ist von einem Redner die Klage erhoben worden, daß keine Mittelschulen in slovenischer Sprache bestehen; der Grund davon ist der, weil keine slovenischen Lehrer in genügender Anzahl vorhanden sind, (lebhafter Widerspruch rechte) ebenso keine Bücher und Lehrmittel, und weil, wenn plötzlich ein Gymnasium in slovenischer Sprache geschaffen würde, es an Schülern mangeln würde. (Bravo! links.) Wir haben mit einem slovenischen Unterrichtsministerium traurige Erfahrungen gemacht; der Unterricht mußte aufgegeben werden, weil die Schüler fehlten. Und gerade diejenigen, die so häufig über die Unterdrückung der slavischen Sprache sprechen, sind in der Regel ihre Kinder in deutsche Schulen. (Bravo! links.) Diese Thatsachen sprechen lauter als alle Lamentationen. Wenn geklagt wurde, man hätte bei Besetzung der Lehrstellen auf slovenische Lehrer keine Rücksicht genommen, so erwidere ich, daß von der Unterrichtsverwaltung zunächst fachliche Kenntnisse und nicht sprachliche Qualitäten in Rücksicht gezogen werden müssen. Man hat auch den § 19 der Staatsgrundgesetze in einer eigenthümlichen Auslegung in die Debatte gezogen. Man, meine Herren, diese Haltung von Rechnung, die dabei angestellt wurde, scheint mir aber in einer vollständigen Verkennung der factischen Verhältnisse zu beruhen. Ich weise auch darauf hin, daß die deutsche Sprache die Reichssprache ist und daß niemand bestreiten wird, daß nur die deutsche Sprache die Reichssprache sein kann und bleiben soll.

Man hat auch den slavischen Steuergulden wieder herangezogen. Ich will aber nicht untersuchen, ob nicht sehr viele deutsche Steuergulden zur Unterstützung slavischer Schulen verwendet werden, und jeder, der es hören will, kann aus dem Munde eines jeden Landmannes erfahren, daß, wenn er schon Steuergulden für den Unterricht ausgeben soll, er es am liebsten dafür thut, daß seine Kinder deutsch lernen. Gestatten Sie mir, meine Herren, darauf hinzuweisen, wie sich denn die Verhältnisse beispielsweise in Galizien gestaltet haben. Würde man den Wünschen, wie sie von allen Seiten geäußert worden sind, Rechnung tragen, so würden sich nach meiner Anschauung dieselben Zustände in allen Ländern herausbilden und das kann weder im Interesse des Unterrichtes, noch in jenem der Bevölkerung gelegen sein. Ich glaube, wir sind auf demjenigen Punkte gelangt, wo vom Standpunkte der Gerechtigkeit und Billigkeit im Unterrichtsfache nicht mehr geboten werden kann, weitere Concessionen nicht mehr gemacht werden können.“ (Bravo! links.)

Abg. Mildschuh spricht sehr verständlich gegen die Regierung und wünscht, daß die Kluft zwischen seiner Partei und der Regierung verschwinden möchte.

Abg. Fuz meint, was uns von der tschechischen Nation trennt, sei keine principielle Gesinnungsverschiedenheit, sondern die Tendenz ihrer Vertreter, die in der Verbreitung der deutschen Sprache nur die freiherrliche Entwicklung und die Bedingungen dazu sehen. Diese Herren möchten lieber französisch oder englisch kultiviert sein, als deutsch. Aber die Vertreter Mährens, die auf der linken Seite sitzen, denken anders.

Abg. Klatic spricht für die Einführung der slavischen Unterrichtssprache an den Mittelschulen in Dalmatien, wo es nur slavische Nationalität gibt. Nachdem noch für und gegen den Entwurf ein Generalredner gewählt war, wird der Schluß der Debatte angenommen.

Abg. Generalredner Meznik (gegen) beschwert sich über die Vernachlässigung der slavischen Mittelschulen.

Abg. Generalredner Kellner (für) hofft und wünscht, die Regierung werde den Wünschen der in Dalmatien lebenden Nationalität Rechnung tragen.

Minister Dr. v. Stremayr constatirt die Bereitwilligkeit der Regierung, allen berechtigten Wünschen der verschiedenen Nationalitäten auf dem Gebiete der Schule selbst mit Opfern entgegenzukommen. Für die Regierung komme immer nur das Interesse des öffentlichen Unterrichtes, nie das persönliche Interesse der Lehrer in Betracht. (Bravo.)

### Das kroatische Budget.

Die „Agramer Ztg.“ meldet über die Conferenzen, welche in Agram bei der Landesregierung unter dem Vorsitz des Banus über das 1875er Landesbudget stattgefunden haben, folgendes:

„Angesichts der Reorganisation sowohl der politischen als auch der judicellen Verwaltung, welche im Sinne

des sanctionierten Gesetzes bereits im nächsten Jahre durchzuführen ist, mußten beinahe alle Posten des bisherigen Landesbudgets genau geprüft und der neuen Landesorganisation angepaßt werden. Der Entwurf des Landesbudgets für das Jahre 1875 ist nun endgiltig festgestellt und wir können die erfreuliche Thatsache constatiren, daß sowohl jene Posten des Budgets, welche von der neuen Organisation nicht berührt werden, als auch die neue Organisation der politischen und juridischen Verwaltung in den 45% der Landeseinnahmen, welche Kroatien und Slavonien dem Ausgleiche zufolge zukommen, und welche vom k. u. Finanzministerium auf 3 Millionen pro 1875 berechnet wurden, ferner in den Erträgen der Landesfonde hinlänglich Bedeckung finden. Kroatien und Slavonien wird sogar 40.000 fl mehr auf Staatsbauten verwenden können als im laufenden Jahre verwendet wurden, es werden auch für die Eymistrirung von zweiten Comitats-Commissariatsstellen Mittel vorhanden sein und wird auch für die Durchführung der politischen und juridischen Verwaltungs-Reorganisation im Landesbudget pro 1875 hinlänglich gesorgt sein.“

### Proceß Arnim.

(Fortsetzung.)

Die Anklage kommt zur Beleuchtung der Motive und Endzwecke Arnims. Sie führt an, daß Arnim bei seiner Verhaftung in Massenheide angab, daß die von ihm gemäßlich an sich genommenen Papiere (Rubrik 1 und 2) sich im Auslande befänden; er erbot sich sodann, dieselben herbeizuschaffen, sobald er auf freien Fuß gesetzt würde, und erklärte zuletzt unter derselben Voraussetzung einem Beamten die Schriftstücke nachzuweisen, wenn dieser über die Person des Aufbewahmers Stillschweigen bewahre.

Die Anklage geht alsdann auf die bekannte Pariser Mittheilung des Brüsseler „Echo du Parlement“ vom 21. September 1872 über, daß Arnim seinen Botenposten aufzugeben beabsichtige, den Urheberschaft der Angeklagte ursprünglich in Norde stellte, später aber zu ab. — Folgt die Darstellung des Geschehenen bei Publication der diplomatischen Enthüllungen in der „Wiener Presse“. In Folge derselben wurde der Angeklagte auf Allerhöchsten Befehl, unter Hinweisung auf die Bedeutung des Amtes, zur amtlichen und schriftlichen Äußerung darüber aufgefordert, ob die Veröffentlichung in der „Presse“ von ihm ausgegangen oder durch Mittheilung an Dritte hervorgerufen sei, oder ob er von den beabsichtigten Veröffentlichungen am 25. April 1874 vorher Kenntniß gehabt und ob er den in der „Augsburger allgemeinen Zeitung“ publicirten Brief an den k. u. k. Ministerpräsidenten und seine Veröffentlichung veranlaßt habe.

Der Angeklagte erwiderte am 7. Mai nur, daß er sich zur Autorität des Briefes an Löwinger bekannte. Darauf durch Erß vom 10. Mai nochmals zur Äußerung über die Publication in der „Wiener Presse“ aufgefordert, erwiderte der Angeklagte am 14. Mai, daß er sei für die Enthüllungen der „Presse“ unter keinem Gesichtspunkte verantwortlich und könne darüber auch keine Äußerung von anderen verlangen: eben so wenig könne er die Ausrufen der beiden in der „Presse“ veröffentlichten Briefe anzeigen. — Die Anklage sagt gegen die Wahrheit der von dem Angeklagten vorgebrachten Erklärungen Thatsachen auf, namentlich bei dem Angeklagten in Massenheide faßte Notizen von Arnim und Briefe von dem Redacteur der „Presse“, Vausier, und dem Pariser Journalisten Landobry. Außerdem wurde der Entwurf des veröffentlichten Promemorias unter den saftigsten Papieren gefunden.

Die Anklageschrift erwähnt ferner die Beschloßnahme des Conceptes zu dem Artikel der „Kölnischen Zeitung“ vom 29. März 1872 über die Räumungsfrage, worin ein Verhältniß berührt wird, welches der Angeklagte nur vermöge seiner amtlichen Stellung kennen konnte. Erwähnt wird ferner, daß der Angeklagte auch zur Wiener „Neuen Freien Presse“ Beziehungen gesucht habe.

Die Anklageschrift hebt hervor, daß die quäsi-irten amtlichen Schriftstücke dem Angeklagten nicht zu seiner Verteidigung, sondern zu erneuten Angriffen auf die derzeitige deutsche Reichspolitik besonders werthvoll waren.

Die Anklage kommt zum Schluß, daß, da die fraglichen Schriftstücke nach Form und Inhalt nach § 348, alinea 2 des St. G. B., sich als Urkunden darstellen, der Thatbestand der Unterschlagung aber durch die Absicht der rechtswidrigen Zuignung, ohne daß es zugleich einer gewinnfüchtigen Absicht bedarf, bedingt wird und auf Sachen von Vermögenswerth nicht beschränkt ist, Graf Arnim angeklagt wird: Im deutschen Gesandtschaftshotel in Paris von 1872 bis 1874 durch eine und dieselbe Handlung als Beamter: a) ihm amtlich anvertraute Urkunden beiseite geschafft und b) Sächlich anvertraute Urkunden beiseite geschafft und c) Sächlich empfangen hatte, sich rechtswidrig zugeeignet zu haben. (Vergehen gegen die §§ 348, 350 und 73 des St. G. B.)

Die Anklage behält sich für die mündliche Verhandlung die Deffentlichkeit vor und beantragt als Zeugen folgende Personen zu vernehmen: den Director des Centralbureau im auswärtigen Amte Roland, den Bot-



schaftrath Gf. Wesdehlen, den Vorsteher der Bottschaftskanzlei Scheden, den Kanzleidirector Hammersdorfer, den Consulatsverweser Ohne in Marseille, den Vorsteher der Bottschaftskanzlei in Wien v. Gasperini, den Journalisten Landsberg in Paris, den GfM. Manteuffel und den Präsidenten Knaig.

Ein Nachtrag zur Anklage theilt mit, daß von dem Angeklagten ein Theil der Schriftstücke aus der ersten Rubrik und außerdem zwei Erlasse, welche, weil ihre absolute Geheimhaltung durch Staatsinteressen geboten, von der Anklage ausgeschlossen geblieben sind, offen dem Gerichte durch den Rechtsanwalt Munkel übergeben worden seien. Die Herausgabe dieser Schriftstücke, die zu denjenigen gehören, von denen der Angeklagte früher wiederholt behauptet hatte, daß sie sich in Paris befinden müßten, ändern an der Anklage nichts zu seinen Gunsten.

(Fortsetzung folgt.)

### Die Botschaft Grants,

des Präsidenten der großen nordamerikanischen Republik an den Unioncongress, empfiehlt die thunlichst baldige Wiederaufnahme der Barzahlungen, die aber kaum vor Jänner 1876 gesehen könne; die Ausführung der bezüglichen Maßregeln müsse dem Congresse überlassen bleiben, der Artikel über den Regaltender in der Circulationsacte müsse abgeschafft und, da derselbe auf die Privatcontracte zurückwirke, das Datum für die Einberufung des Regaltenders geändert werden.

Das Schatzamt müsse Vollmacht erhalten, nach Wiederaufnahme der Barzahlungen Gold durch Ausgabe von Bonds zu verschaffen. Zur Erleichterung der Wiederaufnahme der Barzahlungen müsse darauf eingewirkt werden, daß die Einnahmen der Regierung die Ausgaben übersteigen und die möglichste Sparsamkeit in allen Zweigen der Regierung angewandt werde. Nöthigenfalls müssen die Zölle und Steuern erhöht werden.

Mit der Wiederaufnahme der Barzahlungen solle das Bankwesen als frei erklärt und die Beschränkung der Notenausgabe aufgehoben werden. Der Congress solle die Freiheit der Banken regeln und über die Bedingungen der Organisation beschließen.

Zubetreff der auswärtigen Verhältnisse constatirt die Botschaft die freundschaftlichen Beziehungen zu allen Mächten mit Ausnahme von Venezuela, welches die aus dem Vertrage vom Jahre 1866 begründeten Entschädigungssummen noch nicht bezahle und beziehungsweise Spaniens.

Die Unionregierung müsse die Fortdauer der Insurrektion auf Cuba beklagen, durch welche der amerikanische Handel erheblich geschädigt werde und welche Amerika zwingen könne, vereint mit anderen Mächten derselben ein Ende zu machen, nachdem dies Spanien nicht gelungen sei.

Der Präsident hofft den baldigen Abschluß der Verhandlungen mit Spanien in der Virginiusangelegenheit, obgleich deren augenblicklicher Stand nicht günstig sei und kündigt eine besondere Botschaft über die Höhe der Entschädigung an.

Nach Erörterung der Indianerfrage schließt die Botschaft mit der Versicherung, die Regierung werde energisch an den Verwaltungsreformen weiter arbeiten, und empfiehlt die Einsetzung eines Gerichtshofes zur Erledigung der von Ausländern erhobenen Reclamationen.

### Politische Uebersicht.

Laibach, 12. Dezember.

Die Indemnitätsvorlage wurde vom ungarischen Unterhause in der Specialdebatte unverändert angenommen.

Die „Prov. Corr.“ berichtet über den Stand der Arbeiten im deutschen Reichstage folgendes: „Der Reichstag ist im Laufe der letzten Woche, ungeachtet der lebhaften und erregenden politischen Verhandlungen, welche mehrere Sitzungen fast gänzlich ausfüllten, in der Erledigung seiner praktischen Aufgaben erheblich vorgeschritten. Namentlich ist der Reichshaushaltsetat in allen denjenigen Theilen, welche nicht an die Budgetcommission verwiesen waren, vollständig durchberathen und genehmigt worden. Inzwischen hat die Budgetcommission auch bereits den Bericht über den unersafflichsten Theil ihrer Arbeiten, über den Etat des Reichsherrschers erstattet; derselbe wird in den nächsten Tagen zur Berathung und Beschlußnahme des Reichstages gelangen. Der Bericht bestätigt vollkommen, daß von tiefer gehenden Meinungskämpfen über den Militärstat nicht die Rede ist. Es bleibt hiernach die Zuversicht bestehen, daß jedenfalls der Reichshaushaltsetat und voraussichtlich auch die übrigen dringenden Aufgaben des Reichstages bis zum Weihnachtsfest erledigt sein können — vorbehaltlich der besonderen Lage des Bankgesetzes, in bezug auf welches augenblicklich die weiteren Erörterungen im Bundesrathe schweben. — Der Bundesrath beschloß einen Gesetzentwurf, welcher die Reichstagscommission zur Vorbereitung der Justizreformgesetzte ermächtigt, die Arbeiten auch nach dem Sessionseschlusse fortzusetzen und den Commissionsmitgliedern eine Pauschalentschädigung von 2400 Mark bewilligt.“

Das „Journal Officiel“ veröffentlicht ein Decret betreffend die Organisation der Schulen für Unter-

uen und zur Regelung der Einwanderung aus China. — offiziere der Infanterie. Hiernach kann kein Unteroffizier zum Offizier befördert werden, der nicht den Unteroffizierskurs durchgemacht hat. — Die Assemblée in Versailles nahm in zweiter Berathung einen Entwurf an, welcher den in Frankreich geborenen Ausländern den Militärdienst auferlegt. — Dem „Journal des Debats“ wird über die gegenwärtige Stimmung in der Nationalversammlung folgendes geschrieben: „Ich glaube mir keine Widerlegung zuzuziehen, indem ich die Behauptung aufstelle, daß schon jetzt die gemäßigten Rechte, das rechte Centrum, das linke Centrum und sogar ein Theil der Linken über folgende Punkte einig sind: 1. Die ausübende Gewalt bleibt dem Marschall Mac Mahon noch während der nächsten sechs Jahre, bis zum 1. November 1880, anvertraut. 2. Die gesetzgebende Gewalt wird zwischen zwei Kammern verschiedener Ursprungs getheilt. 3. Das Wahlgesetz einer Revision unterzogen. Infolge gegenseitiger Zugeständnisse ist man über die Zusammensetzung des Wahlkörpers, welcher das Gemeindegesetz als Grundlage dient, einig und die Meinungsverschiedenheit dreht sich nur noch um das Votenscrutinium und die Abstimmung nach Arrondissements. 4. Der Präsident der Republik erhält das Recht, den gesetzgebenden Körper aufzulösen. Es fragt sich nur, ob er dieses Recht allein üben oder mit dem Unterhause theilen soll.“

Die „Gazzetta ufficiale“ veröffentlicht ein Communiqué, wonach das Gerücht, daß in Italien gefälschte Rentenscheine im Betrage von mehreren Millionen im Umlaufe seien, als vollkommen falsch bezeichnet wird. Nur drei Rentenscheine, welche nicht gefälscht, sondern nur beschädigt waren, wurden in Neapel behufs Couponauszahlung präsentiert. In keiner anderen Stadt wurden beschädigte Rentenscheine präsentiert.

Nach der Behauptung der Carlisten haben sie schon wieder einen Sieg erfochten, und zwar am 7. über Roma bei Iternani, der sie mit viertausend Mann angegriffen haben und bis San Sebastian zurückgeworfen worden sein soll. Serrano ist von Madrid zur Nordarmee abgereist.

### Tagesneuigkeiten.

— (Sanctionierte Gesetze.) Se. Majestät geruhten mit Allerhöchster Entschliezung vom 21. November den Gesetzkörper über die Organisation der Gerichtshöfe erster Instanz in den Königreichen Kroatien und Slavonien zu sanctionieren.

— (Erzherzogin Gisela) befindet sich, wie dem „N. Frdbt.“ aus München geschrieben wird, in einem Zustande, der für die Familie des Prinzen Leopold ein freudiges Ereignis erwarten läßt.

— (Landesfürstliche Commissäre.) Der „A. C.“ meldet: Das Ministerium des Innern hat sich im Einvernehmen mit den betheiligten Ministerien bestimmt gefunden, die staatliche Beaufsichtigung der Actien- und Gewerkschaften während der Liquidation durch die landesfürstlichen Commissäre überhaupt aufzulassen.

— (Bischöfliche Conferenzen.) In Prag blühten gestern nach einer Meldung des „Vaterland“, Conferenzen der böhmischen Bischöfe begonnen haben, um über die Stulatozen, die Congrua der Geistlichen und andere durch die confessionellen Gesetze hervorgerufene Fragen schlüssig zu werden.

— (Neues Gewicht.) Die neue Gewichtsordnung, welche im allgemeinen Verkehre erst im Jahre 1876 in Wirksamkeit tritt, wird, wie wiener Blätter melden, bei den österreichischen Postanstalten schon vom 1ten Jänner 1875 an in Wirksamkeit treten.

— (Schneefall) Bei einem Schneefall von 28 bis 30 Zoll war es natürlich, daß sämtliche Communicationen in Ranten gänzlich gestört waren. Am meisten hatte diesmal nach Bericht der „Kgl. Bg.“ wohl die Rudolfsbahn zu kämpfen, während die Strecken Hermagor-Thöel, dann Pontafel-Tarvis und selbst der Predil in staunenswerther Schnelligkeit durchbrochen und der Verkehr hergestellt worden ist. Nur die einzige Strecke Tarvis-Thöel wurde erst kürzlich durch Pferde und Däsen abgestampft — fünf Tage mußten die Gailthaler in Tarvis darauf mit Schmerzen warten! Warum die Communication gerade auf dieser Strecke so spät hergestellt wurde, das mag freilich nur der Herr Bezugsmeister in Tarvis wissen.

— (Selbstmord.) Man berichtet der „Tr. Bg.“ aus Agram: „Der Abt von Bistritz (kroatischer Wallfahrtsort), Mirko Tumpic, hat sich in einem Anfälle von Melancholie entleert.“

— (Venus-Durchgang.) Vom Commandanten Sr. Majestät Corvette „Friedrich“ ist folgendes Telegramm von Yokohama, 10. Dezember, 4 Uhr früh hier eingelangt: „Der Venus-Durchgang wurde mit vollkommenem Erfolge beobachtet. Baron Stülfried nahm photographische Aufnahmen ab. Ich verlasse Yokohama am 15. Dezember. An Bord befindet sich alles wohl.“

### Locales.

Aus der Gemeinderathssitzung.

Laibach, 12. Dezember.

Gegenwärtig die Herren: Bürgermeister I. K. Regierungsrath i. P. Anton Paschan als Vorsitzender, 18 Gemeinderäthe und der Protokollführer.

I. Zur Verifizierung der letzten Gemeinderathssitzungsprotokolle werden die Gemeinderäthe Plauß und Dr. Steiner bestimmt.

II. Den allmähentlichen, am Mittwoch in der I. K. Heeres-Ergänzungskanzlei stattfindenden Assistentencommissionen werden in der Folge zwei Gemeinderäthe nach einem in alphabetischer Ordnung aufzustellenden Turnus beizuwohnen.

III. Der Gemeinderath genehmigt über Einschreiten der I. K. Realschuldirektion nach erfolgter Ablehnung des hiesigen Sparassessors als Hauseigentümers die Bestimmung von 7 Defen zur Beheizung mehrerer kleinerer, derzeit unbeheizbarer Localitäten im hiesigen Oberrealschulgebäude und wird sich der Magistrat wegen Vergütung der Hälfte des Kostenbetrages mit dem krainischen Landesauschusse ins Einvernehmen setzen.

IV. Der Gemeinderath wird in der Erwägung, als die Auslagen für Erfordernisse der Realschule zu gleichen Theilen von der Commune Laibach und dem Lande Krain zu tragen sind, das Ernennungsrecht des Realschuldirektors über Vorschlag der Realschuldirektion im Einvernehmen mit dem krainischen Landesauschusse ausüben.

V. Der Gemeinderath genehmigt, daß das der Commune Laibach eigenthümliche Haus Nr. 56 in der Klosterfrauengasse mit 836 Quadrat-Maßter Hof- und Garten-Area um den Preis von 27,000 fl. dem hohen Aerar behufs Erbauung einer Lehrerbildungsanstalt offeriert wird.

VI. Der Gemeinderath verordnet, daß die Stadtkasse vom 1. Jänner 1875 angefangen den präliminirten Zuschuß an den Armenfond zu erfolgen und erst nach erschöpftem Betrage die gemeinderäthliche Genehmigung zu Vorstößen einzuholen hat.

VII. Die Stadtkasse wird angewiesen, an die Landeskasse die städtische Tangente für die Einrichtung der Realschule, d. i. die Hälfte vom Gesamtlohnbeitrage von 4697 fl. 80 kr. mit 2348 fl. 90 kr. abzuführen.

VIII. Der Gemeinderath passirt dem hiesigen Kinderspitale für die Zeit vom 19. November 1874 bis 18ten November 1875 eine Subvention von 300 fl.

IX. Der Bürgermeister wird zur Bestellung einer Amstlebung (sammt Koppe) für die sechs magistratischen Amstdiener ermächtigt.

X. Der Gemeinderath genehmigt einen mit Maria Nowak betrefens eines ausstehenden Wiesenpachtvertrages abgeschlossenen Vergleich.

XI. Der Gemeinderath passirt pro 1874 die Auslagen für beigeordnete Stiefel für die städtischen Detectivs und erhöht das Kleidungs-pauschale derselben vom Jahre 1875 an von 40 auf 50 fl.

XII. Der Gemeinderath bestätigt drei magistratische Erkenntnisse, u. z. zwei betrefens Uebertretungen von Straßenverschulden, eines in Dienstbotensachen und weist die vorliegenden Rekurse zurück.

Hiernach wird die öffentliche Sitzung geschlossen und beginnt die geheime Sitzung.

— (Personalnachricht.) Se. Majestät der Kaiser haben mit Allerhöchster Entschliezung vom 3. d. die Uebernahme des Majors Herrn Leopold Cairony, Commandanten der Pulverfabrik zu Sietn, nach dem Ergebnisse der Superarbitrierung als ganzinvalid, in den definitiven Ruhestand anzuordnen und demselben bei diesem Anlasse den Oberlieutenants-Charakter ad honores mit Rücksicht der Lage zu verleihen geruht.

— (Probewahlen.) Heute abends um 7 Uhr versammeln sich die Wahlberechtigten der Handels-, und morgen jene der Gewerbelection im Glasalon der Casino-restaurant zur Vorahme von Probewahlen für die neu zu constituierende Handels- und Gewerbelammer. Inne Wähler, denen am Herzen liegt, tüchtige erfahrene, verständige, pflichtgetreue, dem volkwirtschaftlichen Fortschritte huldigende Männer der neuen Kammer zuzuführen, werden vom betreffenden liberalen Wahlcomité eingeladen, an diesen Probewahlen recht zahlreich theilzunehmen.

— (Die Wahl des Superintendenten der evangel. Gemeinden) Südbösterreichs findet am kommenden Sonntag durch die Presbyterien der betreffenden Gemeinden statt. Es gilt dem im Sommer verstorbenen allverehrten Dr. Franz einen würdigen Nachfolger zu geben.

— (Christbescherung.) Am kommenden Sonntag um 5 Uhr nachmittags findet in den Lehrzimmern der evangelischen Schule, wie alljährlich, eine Weihnachtbescherung für arme Schüler dieser Schule statt, deren Kosten von den Gemeindegliedern, namentlich von dem evangelischen Frauenvereine durch Spenden aufgebracht werden. Es verdient dieser Wohlthätigkeitsact um so mehr Beachtung, als grundsätzlich ein confessioneller Unterschied bei dieser Beihellung nie gemacht wird; heuer sollen 7 Kinder mit Kleidern, Beschuhung, Schulbedürfnissen u. dergleichen versehen und alle Freunde der Schule und der Jugend dazu freundlich eingeladen.

— (Ein Schadenfeuer) brach am 7. d. um 4 Uhr nachmittags in der Scheuer des Grundbesizers Johann Futter in Drauzen, Bezirk Gottschee, aus. Diese Scheuer, 300 Ztr. Heu und ein Wirtschaftsmagen im Gesamtwerte von 800 fl. wurden ein Raub der Flammen. Realität, Futter und Geräthe waren nicht versichert. Wie verlautet, soll die zeitweise geistesranke Schwester des Johann Futter, Maria Weber, den Brand gelegt und in den Flammen ihren Tod gesucht haben; sie hat sich nebst ihrer



